

Antworten auf die Wahlprüfsteine der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft anlässlich der Bundestagswahl 2017



Lage der Opfer der SED-Diktatur

1. Welche politischen Entscheidungen auf Bundesebene halten Sie in der nächsten Legislaturperiode für nötig, um die Lage der Opfer der SED-Diktatur zu verbessern?

Wir fühlen uns den Opfern der SED-Diktatur und den vielen mutigen Männern und Frauen der friedlichen Revolution verpflichtet. Bündnis 90 ist aus der Bürgerrechtsbewegung hervorgegangen. Es gehört zu unserem Selbstverständnis als Bürgerrechtspartei, uns für die fortwährende Aufarbeitung des DDR-Unrechts starkzumachen. Diese Aufarbeitung ist für uns unabgeschlossen. Einer Verklärung der DDR lässt sich unseres Erachtens nur entgegentreten, indem die Lebenswelt in der DDR in Gänze und in all ihren Widersprüchen dargestellt wird. Deshalb sind jene Institutionen, die individuelle Schicksale erfahrbar und verständlich machen, zu stärken. Das anhaltende Interesse bei der Einsichtnahme in Stasiakten ebenso wie die Versuche einer Beschönigung durch ehemalige MfS-Mitarbeiter zeigen, dass Aufarbeitung und Aufklärung noch dringend nötig sind. Unverzichtbar ist zudem ein kritischer Blick auf die vorgeblich „guten Seiten“ der DDR. Notwendig wäre dafür eine stärkere Auseinandersetzung mit den individuell höchst unterschiedlichen Biografien und Erinnerungswelten.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer wieder für diejenigen eingesetzt, die wegen ihres Strebens nach Freiheit und Demokratie von Mitarbeitern des MfS drangsaliert, bespitzelt und inhaftiert worden sind. Sie haben Rehabilitierung und öffentliche Anerkennung verdient. Ein Beispiel ist unser Engagement für eine gerechte Rentenberechnung der Altübersiedler der ehemaligen DDR. Denn ausgerechnet DDR-Flüchtlinge werden durch die Deutsche Einheit bei der Berechnung der Rente benachteiligt. Vor 1989 bereits zugesagte Rentenansprüche wurden gesenkt. Wir fordern ein Ende dieser Benachteiligung und wir haben dazu 2016 gemeinsam mit der Fraktion der Linken einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. Die große Koalition aus SPD und CDU hat den Antrag im Bundestag leider abgelehnt.

Rehabilitierungsgesetze

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Befristungen der Rehabilitierungsgesetze hinsichtlich der Antragstellungen auf den 31. Dezember 2019 zu verändern? Schlagen Sie die Beibehaltung der Frist, eine Entfristung oder eine neue Antragsfrist vor?

Wir werden uns für eine Entfristung der Rehabilitierungsgesetze einsetzen. Schon lange engagieren wir uns für ehemalige DDR-BürgerInnen, die mutig ihre Ansichten in der DDR vertreten haben und dafür oft Bespitzelung und Drangsalierungen - bis hin zu Inhaftierungen - ausgesetzt waren. Diese Menschen wollen wir soweit wie möglich durch Wiedergutmachungsregelungen rehabilitieren. Eine (willkürliche) Frist für entsprechende Anträge lehnen wir deshalb ab. Die Aufarbeitung der DDR-Diktatur muss kontinuierlich und konsequent fortgesetzt werden.

3. Welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten sehen Sie, die Verfahren zur Rehabilitierung opferfreundlicher zu gestalten (z.B. Recht auf mündliche Anhörung, Beweiserleichterungen, Verpflichtung der Gerichte zur eingehenden Recherche unter möglicher Mitarbeit der

Betroffenen)?

Wir befürworten eine Harmonisierung der Gutachter- und Entscheidungsgremien (Gerichte). Expertengutachter/ Expertengerichte, die sich mit der Thematik sehr gut auskennen und vertraut sind, sollten die entsprechenden Verfahren begutachten und bewerten. Auch eine mündliche Anhörung befürworten wir.

4. Welche Opfergruppen politischer Repression sind nach ihrer Kenntnis noch nicht durch die derzeitigen Rehabilitierungsgesetze erfasst und in welcher Weise wollen Sie für welche Gruppe Abhilfe leisten?

Wir wollen Verurteilte nach §249 StGB der DDR als Anspruchsberechtigte nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aufnehmen. Der §249 diente dazu, verschiedene Arten des "gesellschaftsschädlichen Verhaltens" in der DDR als Strafbestand zu ahnden. Dazu zählten etwa die Vernachlässigung finanzieller Verpflichtungen oder die negative (politische) Beeinflussung von Familienmitgliedern, aber auch die sogenannte „Arbeitsbummelei“. Viele Menschen, die nach dem § 249 des StGB der DDR verurteilt wurden, wissen bis heute nicht, dass sie unter bestimmten Voraussetzungen rehabilitiert werden können. Immer dann, wenn die Verurteilungen den im Grundgesetz verankerten Grundrechten (etwa der Berufsfreiheit) widersprechen, können die Betroffenen heute rehabilitiert werden. Dies ist allerdings oft sehr schwierig und für die Rehabilitierungsantragsteller meist nur mittels Klage durchzusetzen - vor allem weil die Gründe für die Inhaftierung bewiesen werden müssen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Rehabilitierungsverfahren für alle nach §249 StGB7 DDR vereinfacht und damit für die Opfer erleichtert wird.

Opferpension, versorgungsrechtliche Ansprüche, Entschädigungen

5. Halten Sie es für sinnvoll, die Kriterien für die Erlangung der Opferpension gesetzlich neu zu definieren und gegebenenfalls auszuweiten?

Die Opferrente hilft vor allem jenen Opfern der SED-Diktatur, die mit einer sehr niedrigen Rente oder einem niedrigen Einkommen zurechtkommen müssen. Sie ist eine „besondere Zuwendung für Haftopfer gem. § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)“ und wird vergeben, „wenn der Betroffene in seiner wirtschaftlichen Lage als besonders beeinträchtigt einzustufen ist und keine Ausschließungsgründe einer Wiedergutmachung entgegenstehen.“ (StrRehaG) Eine solche staatliche Unterstützung wird als Unterstützungsleistung der gesellschaftlichen Gemeinschaft nach dem Solidarprinzip für Bedürftige zur Verfügung gestellt, um ihnen die Teilnahme an gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das Kriterium der wirtschaftlichen Bedürftigkeit kann wie auch bei anderen staatlichen Leistungen nicht gänzlich ignoriert werden.

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, die 180-Tage-Regelung nach § 17 a StrRehaG zugunsten besonders Geschädigter zu verändern?

Die 180 Tage-Regelung ist ungerecht, da sie Opfer des DDR- Regimes von der Rehabilitierung ausschließt, wenn sie weniger als 180 Tage in politischer Haft waren. Gerade kürzere Inhaftierungen dienen oft der Einschüchterung und psychischen Destabilisierung. Häufig waren gerade erste Wochen und Monate der Inhaftierung besonders brutal, um den Willen der Inhaftierten zu brechen. Viele der Opfer leiden unter Haftfolgeschäden - auch bei einer kürzeren Haftdauer - und bekommen keine Opferrente nach §17 a Straf. Rehab. Das ist in höchstem Maße ungerecht und muss in einer Novellierung des Gesetzes abgeschafft werden.

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Bedürftigkeitsklausel zur Erlangung der Opferpension und der Ausgleichsleistung zu verändern (z.B. Anhebung des Eckregelsatzes, Staffelung, Umwandlung in eine echte Ehrempension ohne Bedürftigkeitsprüfung)?

Die Opferrente hilft vor allem jenen Opfern der SED-Diktatur, die mit einer sehr niedrigen Rente oder einem niedrigen Einkommen zurechtkommen müssen. Sie ist eine „besondere Zuwendung für Haftopfer gem. § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)“ und wird vergeben, „wenn der Betroffene in seiner wirtschaftlichen Lage als besonders beeinträchtigt einzustufen ist und keine Ausschließungsgründe einer Wiedergutmachung entgegenstehen.“ (StrRehaG) Eine solche staatliche Unterstützung wird als Unterstützungsleistung der gesellschaftlichen Gemeinschaft nach dem Solidarprinzip für Bedürftige zur Verfügung gestellt, um ihnen die Teilnahme an gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das Kriterium der wirtschaftlichen Bedürftigkeit kann wie auch bei anderen staatlichen Leistungen nicht gänzlich ignoriert werden.

8. Was werden Sie unternehmen, damit verfolgungsbedingte Schädigungen aus der SED-Diktatur in versorgungsrechtlichen Verfahren präziser erfasst und angemessener berücksichtigt werden (Veränderungen der Begutachtungsverfahren, Einrichtung eines Pools zertifizierter und qualifizierter Gutachter, Beweislastumkehr, Regelvermutung zugunsten der Betroffenen, Ablehnung MfS-belasteter Gutachter)?

Die strafrechtliche Rehabilitierung folgt der Logik des strafrechtlichen Verfahrens. Im Falle der Opfer des DDR-Regimes führt dies aber oft zu Problemen, da beweiskräftige Akten verloren gegangen sind. Die rechtlichen Hürden, um eine Beweislastumkehr im deutschen Rechtssystem zu erreichen, sind sehr hoch. Bei einer politischen Konstellation, die Chancen auf eine Mehrheit für eine entsprechende parlamentarische Initiative verspricht, werden wir eine entsprechende Gesetzesänderung diskutieren und prüfen. Gutachter, die MfS –belastet sind, sind grundsätzlich abzulehnen.

9. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, damit Politik und Wirtschaft die Zwangsarbeit von politische Häftlingen sowie Insassen von Jugendwerkhöfen entschädigen?

Die Zwangsarbeit von politischen Häftlingen sowie Insassen von Jugendwerkhöfen in der DDR war ein Verbrechen. Die Opfer haben deshalb ein Recht auf Entschädigung. Eine angemessene Entschädigung der Zwangsarbeit sollte in den Rehabilitierungsgesetzen gesondert berücksichtigt werden. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass das Thema Zwangsarbeit in Zukunft stärker in den Fokus der aufarbeitenden Forschung rückt.

10. Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung entstandenen Benachteiligungen für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR in die Bundesrepublik im Rentenrecht zu beseitigen?

Wir haben uns immer wieder für eine gerechte Rentenberechnung bei AltübersiedlerInnen aus der ehemaligen DDR eingesetzt. Denn leider werden ausgerechnet DDR-Flüchtlinge bei der Berechnung der Rente benachteiligt. Wir fordern ein Ende dieser Benachteiligung und haben deshalb 2016 gemeinsam mit der Fraktion Die Linke bereits zum zweiten Mal einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht. Die Große Koalition aus Union und SPD hat den Antrag im Bundestag leider abgelehnt.

11. Was gedenken Sie für die Opfer der sogenannten Bodenreform zu tun?

Die Grundsatzentscheidung von Kohl, Schäuble und de Maiziere zur Nicht-Restitution hat die Opfer der Bodenreform in der Tat verhöhnt und gegenüber anderen zu DDR-Zeiten Enteigneten massiv benachteiligt. Für eine nachträgliche Aufhebung des im Einigungsvertrag festgelegten Ausschlusses der Restitution für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage wird es im Deutschen Bundestag keine Mehrheit geben. Für uns ist es jedoch nicht verständlich, dass die moralische Rehabilitierung von Bodenreformopfern von Behörden – und zum Teil von Gerichten bestätigt – mit der Begründung verweigert wurde, es habe sich nicht um politische Verfolgung, sondern nur um eine Enteignung im Zuge der Errichtung der gesellschaftlichen Ordnung gehandelt.

12. Was werden Sie tun, um die ungleiche Behandlung zwischen politisch Verfolgten Schülern, die vor der Wiedervereinigung in den Westen kamen, und politisch Verfolgten Schülern, die nach 1990 ihren Berufswunsch verwirklichten, zu beseitigen (§ 60 BAföG)?

§ 60 BAföG sieht einen Ausgleich für die Folgen eines verfolgungsbedingten Ausschlusses von Ausbildungsmöglichkeiten vor. Politisch Verfolgte können, wenn sie aus politischen Gründen in der DDR keine Ausbildung absolvieren konnten, auf Antrag die Rückzahlung der als Darlehen geleisteten Ausbildungsförderung erlassen bekommen, sofern vor dem 3. Oktober 1990 eine Verfolgungszeit von insgesamt mehr als drei Jahren vorlag, die Ausbildung vor dem 1. Januar 2003 begonnen wurde und die Ausbildungsförderung nach der Einführung des BAföG in den ostdeutschen Ländern zum 1. Januar 1991 gewährt wurde. Eine Ausweitung der Regelung halten wir für problematisch, da mit der deutschen Einheit keinerlei Ausschluss von Studiums-oder Ausbildungsmöglichkeiten aus politischen Gründen mehr vorlagen und mit dem BAföG auch die Finanzierung von Ausbildung ermöglicht wurde.

Psychosoziale Lage der Opfer

13. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Bearbeitung von Fällen insbesondere für besonders stark geschädigte und in hohem Alter stehende Opfer unbürokratisch zu beschleunigen?

Psychosoziale Hilfsangebote können auch im hohen Alter eine entlastende und heilende Wirkung haben. Die Bearbeitung von Traumatisierungen und von langfristigen Folgen der Verfolgung ist eine lebenslange Aufgabe, die staatlicherseits unterstützt werden muss. Spezialisierte Beratungsstellen, die entweder selbst psychosoziale Hilfsangebote anbieten oder vermitteln können, sollten gestärkt werden, um Hilfe zielgerichtet zu ermöglichen. Um auch in ländlichen Regionen Betroffene besser erreichen zu können, halten wir die Weiterentwicklung des Netzwerkes psychosozialer Beratungsstellen speziell auch für Opfer von Verfolgung und Repression in der DDR für sinnvoll. Dies sollte in Zusammenarbeit mit Trägern psychosozialer Beratungsstellen geschehen. Außerdem sollte die Weiterbildung und Qualifizierung von Menschen in Pflegeberufen, die mit Opfern arbeiten, gestärkt werden.

14. Welche politischen Schritte halten Sie für notwendig, um eine spezialisierte psychosoziale Beratung, Therapie und medizinische Versorgung für Opfer der SED-Diktatur innerhalb und außerhalb der Regelsysteme zu verbessern?

Wichtig ist, dass ausgewiesene Experten die Therapie und medizinische Versorgung für die Opfer der Verfolgung durch das SED-Regime übernehmen. Wir wollen den Austausch der Experten fördern, damit durch bessere Kenntnis über mögliche Spätfolgen allen Betroffenen eine gleichwertig gute Beratung und/oder Therapie angeboten werden kann. Die Arbeit der Experten sollte stärker öffentlich gemacht und gewürdigt werden - auch damit Betroffene die Angebote kennen und annehmen können. Außerdem gebührt der Arbeit der Beratungs- und Therapiestationen hohe öffentliche Anerkennung. Wir setzen uns für eine angemessenen Ausstattung solcher Anlauf- und Beratungsstellen ein sowie für einen unbürokratischen Zugang zu den Therapien.

15. Welche Problemfelder sehen Sie, die auch nach der erfolgreichen Auszahlung des Heimfonds Ost weiterwirken werden? Was werden Sie dagegen tun?

Mit der Entschädigung ist die historische Aufarbeitung längst nicht abgeschlossen. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse vertieft und der Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich gemacht werden.

16. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Beratungsinitiativen deutschlandweit finanziell stabil und langfristig finanziert werden (z.B. Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur Gegenwind, Beratungsstellen der UOKG)?

Die genannten Beratungsstellen für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur leisten hervorragende Arbeit und sind für viele Opfer des SED-Regimes wichtige Begleiter. Diese wichtige Arbeit muss auch in Zukunft fortgeführt werden können und uns ist es wichtig, dass die finanzielle Ausstattung dieser Beratungsstellen und Ansprechpartner stabil bleibt und angemessen ist.

Mahnen, Erinnern und Gedenken

17. Was werden Sie unternehmen, damit in der nächsten Legislaturperiode das lange geforderte nationale Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft errichtet wird? Gibt es hierzu schon konkretere Pläne Ihrer Partei?

Die öffentliche Anerkennung der mutigen Frauen und Männer, die durch die DDR-Diktatur drangsaliert wurden, weil sie für Freiheit und Demokratie gekämpft haben, unterstützen wir ausdrücklich. Wir haben den Diskussionsprozess bezüglich eines Mahnmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft sehr intensiv begleitet. Nachdem beim Fachgespräch im Kulturausschuss wesentliche Fragestellungen bezüglich der konzeptionellen Ausgestaltung konstruktiv diskutiert und teilweise geklärt werden konnten, wünschen wir uns nun für die Konzipierung einen breiten und transparenten Beteiligungsprozess. Die Umsetzung des Mahnmals sollte im Gedenkstättenkonzept des Bundes festgeschrieben werden.

18. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gedenkstätten mit nationaler Bedeutung stabil und ausreichend gefördert werden (z.B. Bautzen, Hohenschönhausen, Kaßberg, Mauergedenkstätte, Stasi-Museum Berlin)?

Wir unterstützen den Erhalt der Gedenkstätten und authentischen Orte und deren Ausbau. Diese Orte müssen als Bildungsorte sichtbar und erlebbar machen, was es bedeutet, in einer Diktatur zu leben und welchen großen Mut die Menschen aufgebracht haben, die nach Freiheit und Demokratie strebten.

Gerade die authentischen Orte sind wichtiger Bestandteil der Aufarbeitungslandschaft in den einzelnen Regionen und müssen auch in Zukunft erhalten bleiben und ausreichend ausgestattet werden. Dafür haben wir uns bisher stark gemacht, z.B. indem wir diese Forderung in die Aufgabenstellung für die „Expertenkommission zur Zukunft der BStU“ eingebracht haben. Auch in Zukunft werden wir uns auch dafür einsetzen.

19. Mit welchen Initiativen unterstützen Sie den vom Europäischen Parlament ausgerufenen europaweiten Gedenktag an die Opfer aller totalitären Regime jeweils am 23. August?

Der europaweite Gedenktag an die Opfer totalitärer und autoritärer Regime verweist auf die europäische Dimension totalitärer Herrschaft und auf die Verbrechen von Nationalsozialismus und Stalinismus. Er erinnert an schwerste Menschheitsverbrechen, die im Umfeld des Hitler-Stalin-Paktes in Europa begangen wurden, und daran, dass mit der Befreiung vom Nationalsozialismus für weite Teile Europas noch lange keine Ära der Freiheit und Selbstbestimmung anbrach. Aus dem millionenfachen Leid, Tod und der Zerstörung, die die nationalsozialistische Vernichtungspolitik über Europa brachte, erwächst eine besondere historische Verantwortung für die Aufarbeitung der Verbrechen und gegen jede Form von autoritärer Herrschaft und Großmachtspolitik einzutreten. In der 18. Wahlperiode haben wir uns für die Anerkennung der an den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen begangenen Verbrechen als nationalsozialistisches Unrecht und die Gewährung einer symbolischen finanziellen Anerkennung eingesetzt. Wir haben dafür geworben, die historische Verantwortung Deutschlands insbesondere gegenüber der Ukraine anzuerkennen und ihren Demokratisierungsprozess stärker zu unterstützen. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Europa erneut das Recht des Stärkeren Einzug hält und sich einzelne Nationen zu Gestaltungsmächten des Schicksals anderer erklären. In enger Partnerschaft mit der demokratischen Zivilgesellschaft Osteuropas treten wir seit Jahren dafür ein, Demokratie, Freiheit und Recht in Europa zu stärken und Menschenrechtsverletzungen und Unrecht in aller Deutlichkeit zurückzuweisen.

20. Sollte nach Ihrer Auffassung das demonstrative Zurschaustellen von Symbolen der Unterdrückung, Repression und Menschenverachtung aus der Zeit der SED-Diktatur verboten werden (z.B. Kundgebungen in Uniformen des MfS)?

Wir setzen statt auf Strafen auf Demokratiebildung und die kontinuierliche Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Aufarbeitung und der damit verbundene Aufklärungsprozess bleiben eine fortwährende gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es geht uns darum, dass ein Wissen darüber entsteht, dass Demokratie etwas ist, das sich nicht von selbst versteht, sondern immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden muss. Dies ist etwas, das wir von den Oppositionellen in der DDR gelernt haben. Es gilt, dieses Erfahrungswissen an kommende Generationen weiterzugeben. Allerdings ist es für uns im Prozess der Aufarbeitung auch wichtig, die Unterschiede zwischen SED-Diktatur und NS-Diktatur deutlich zu machen. Die Verbrechen der SED-Diktatur waren ohne Zweifel schweres Unrecht, sind aber nicht mit den fabrikmäßigen Massenmorden der Nationalsozialisten zu vergleichen. Aufgrund dieser grundsätzlichen Unterschiede zwischen beiden Diktaturen sind die Verbote, die für NS-Symbole gelten, nicht 1:1 auf DDR-Symbole anwendbar.

Institutionen und Initiativen

21. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf Bundesebene, die regionalen Aufarbeitungsinitiativen in ihrer Eigenständigkeit, Vielfalt und Multiperspektivität finanziell stärker zu fördern (z.B. Menschenrechtszentrum Cottbus, Häftlingsinitiative Naumburg, Geschichtswerkstatt Jena, Bürgerkomitees u.a. in Leipzig, Magdeburg, Schwerin, Erfurt, Dresden)?

Die regionale Aufarbeitung liegt in der Verantwortung der Bundesländer. Wir wollen die Länder bei ihrer Arbeit so weit wie möglich unterstützen.

22. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Institutionen der DDR-Aufarbeitung und Opfervertretungen von nationaler Bedeutung finanziell langfristig und stabil gefördert werden (z.B. Robert-Havemann-Gesellschaft, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, UOKG)? Welche sollten das zusätzlich sein?

Wir haben uns immer für diese Institutionen eingesetzt und werden dies auch weiterhin tun. Eine erhöhte Förderung für die Robert Havemann-Gesellschaft konnte in dieser Legislaturperiode auch durch unsere Unterstützung im Bundestag erreicht werden. Gedenkstätten und authentische Orte des Erinnerns an die SED-Diktatur sollten unbedingt so finanziell ausgestattet werden, dass sie nachhaltige Bildungs- und Aufklärungsarbeit leisten können. In der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes sollte eine langfristige und nachhaltige Finanzierung der authentischen Orte sichergestellt sein.

Die UOKG leistet eine sehr wichtige Arbeit, insbesondere bei der Aufarbeitung von Zwangsadoptionen. Hier ist noch viel Forschungs- und Aufklärungsarbeit notwendig. Wir unterstützen diese Arbeit ausdrücklich und werden uns dafür einsetzen, dass sie getan werden kann und ausreichende Finanzierungen zur Verfügung stehen.

23. Auf welche Weise und mit welchem Konzept werden Sie sich für die weitere Existenz des Stasi-Unterlagen-Archivs und des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen einsetzen?

Die Ergebnisse der Expertenkommission sind eine gute Grundlage für die weitere politische Debatte und den Erhalt der BStu. Unser Hauptaugenmerk liegt darauf, dass der Aktenbestand in seiner Gesamtheit erhalten bleibt, ein unbürokratischer und niedrigschwelliger Zugang für die Antragsteller und Antragstellerinnen möglich bleibt und die authentischen Orte der Erinnerung an die DDR-Diktatur erhalten bleiben. Die dezentrale Struktur der Außenstellen ist für einen einfachen Zugang zu den Akten unverzichtbar. Die Außenstellen müssen mehr sein als bloße Archive, nämlich Begegnungs- und vor allem Bildungsorte – um so auch kommenden Generationen die Botschaft vermitteln zu

können, dass Diktaturen überwindbar sind.

24. Welche Schritte halten Sie auf Bundesebene für möglich, die SED-Diktatur im Bereich der universitären Forschung sowie schulischen und politischen Bildung zu verankern?

Verschiedene Studien des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin haben gezeigt, dass das Geschichtswissen vieler Schülerinnen und Schüler mangelhaft ist. Das wollen wir ändern. Viele Schulpläne sehen die DDR-Geschichte als Thema vor, es hapert aber oft an der Umsetzung. DDR-Geschichte sollte nicht oberflächlich oder erst kurz und knapp am Ende des Schuljahres unterrichtet werden. Allerdings liegt die Schulentwicklungsplanung aufgrund der föderalistischen Struktur in der Verantwortung der Bundesländer. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sind die 2014 auf Initiative von Sylvia Löhrmann, der ehemaligen grünen Ministerin für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen, erarbeiteten Empfehlungen der Kultusministerkonferenz mit dem Titel „Erinnern für die Zukunft Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule (Beschluss der KMK vom 11.12.2014). Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Geschichtswissen über die DDR an weiterführenden Schulen auf ansprechende und attraktive Art und Weise angeboten wird. Gerade die Bundestiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Bundeszentrale für politische Bildung bieten zahlreiche Lehrmaterialien für Schulen an. Die nachhaltige Finanzierung dieser Institutionen ist deshalb eine Herzensangelegenheit von uns.

Verbesserte Akteneinsicht

25. Was werden Sie unternehmen, um die Einsicht von Bürgern in die Unterlagen des MfS dauerhaft zu sichern, Fristen zu verkürzen und den Umfang der Einsichtnahme mindestens zu erhalten?

Schon beim Einsetzungsbeschluss für die Expertenkommission haben wir darauf bestanden, dass der Gesamtkostenbestand erhalten bleibt und der Zugang zu den Akten auch in Zukunft unbürokratisch und niederschwellig möglich ist. Und wir haben uns dafür ausgesprochen, dass die nötigen Investitionen für die regionalen Aktenstandorte so schnell wie möglich bereitgestellt werden. Zusätzlich muss die Digitalisierung der Aktenbestände zügig in Angriff genommen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass entsprechende Verfahren und Pilotprojekte initiiert werden und so die Digitalisierung der Aktenbestände vorankommt. Damit könnten auch die Fristen verkürzt werden. Gleichzeitig muss der papierene Aktengesamtkostenbestand erhalten bleiben - als bleibendes Zeugnis für die menschenverachtende Politik der SED-Diktatur.

26. Halten Sie es für nötig, für den dauerhaften Erhalt der Stasi-Akten besondere Investitionen zu tätigen (Archive mit besonderer technischer Ausstattung wie Klimaanlage, Rekonstruktion zerrissener Aktenbestände, Verbesserung der personellen Ausstattung)?

Ja, siehe Antwort 25. In die Aufbewahrung und damit langfristige Sicherung der Aktenbestände muss dringend investiert werden, etwa was die Klimatisierung der Aktenstandorte angeht. Die personelle Ausstattung der Aktenstandorte sollte gewährleisten, dass die Wartezeiten für Akteneinsicht zukünftig kürzer werden. Auch die Bearbeitung von Forschungs- und Medienanfragen muss zügiger erfolgen.

27. Halten Sie es für sinnvoll, auch in Ansehung datenschutzrechtlicher Probleme weitere Aktenbestände zur Einsicht freizugeben, wenn dies der Aufklärung persönlicher Schicksale dient (z.B. Verfolgungsakten der leiblichen Eltern bei Zwangsadoptionen)?

Zwangsadoptionen waren eines der schwersten Verbrechen der SED-Diktatur. Die betroffenen Kinder haben heute - geschützt durch das Grundgesetz (Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung) - die Möglichkeit, ihre eigene Adoption zurück zu verfolgen und dafür Akteneinsicht zu bekommen. Für Eltern ist das nach derzeitigem Recht nicht möglich. Wir hoffen,

dass das Thema in Zukunft durch weitere Forschungsarbeit mehr öffentliche Aufmerksamkeit bekommt und sich die Situation der betroffenen Eltern so verbessert.

28. Werden Sie sich dafür einsetzen, bestimmte Aktenbestände, die sonst vernichtet würden, dauerhaft zu erhalten, sofern ein Aufklärungsinteresse besteht (Akten der Jugendhilfe, Patientenakten, Kaderakten von Volkseigenen Betrieben)?

Wir setzen uns dafür ein, dass auch solche Dokumente erhalten bleiben. Eine Reihe von Informationen sind ausschließlich in den Dokumentationen der Partei und der Vereinigungen der ehemaligen DDR erfasst worden. Schon oft konnten mit Hilfe solcher Akten Zusammenhänge hergestellt werden, die sonst der Forschung und Aufarbeitung entgangen wären. Daher sollten diese Akten erhalten bleiben.